

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Helin Evrim Sommer, Andrej Hunko, Stefan Liebich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/7121 –**

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für Frieden und Abrüstung stärken

A. Problem

Die antragstellende Fraktion setzt sich dafür ein, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiter auszubauen und zu stärken, damit sie zur zentralen politischen Struktur für eine nachhaltige Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa weiterentwickelt werden könne.

44 Jahre nach Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki und 29 Jahre nach Verabschiedung der „Charta von Paris für ein neues Europa“ habe sich die Sicherheitslage in Europa dramatisch verschlechtert, und der Kontinent laufe Gefahr, erneut in konkurrierende Machblöcke mit hochgerüsteten Armeen zu zerfallen. Die Missachtung von elementaren Normen des internationalen Rechts wie der territorialen Integrität von Staaten und der Unantastbarkeit von international gültigen Staatsgrenzen durch zahlreiche westliche Staaten und Russland habe die Friedensordnung in Europa tief erschüttert.

Trotz derzeit fehlendem politischem Willen, vor allem der USA und der NATO-Staaten, die OSZE politisch, institutionell und materiell zu stärken, erfülle die Organisation am ehesten die Voraussetzungen, um auf ziviler Grundlage eine politische Struktur für eine eurasisch-transatlantische Friedens- und Sicherheitsordnung zu bilden. Hierzu müsse sich die Bundesregierung für folgende Grundsätze einsetzen: langfristige Abrüstung bis zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit; Stärkung der politisch-militärischen Sicherheitsdimension (Korb 1) und unter anderem die Wiederaufnahme des KSE-Prozesses zur Rüstungsbegrenzung; ABC-Waffenfreiheit in Europa, die nukleare Teilhabe Deutschlands soll beendet, und die noch stationierten US-Atomwaffen sollen abgezogen werden; gewaltfreie Lösung der im OSZE-Vertragsraum bestehenden ethno-territorialen Sezessions- bzw. zwischenstaatlichen Langzeitkonflikten; gleichberechtigte Einbeziehung Russlands auf allen Ebenen und seine aktive Einbindung in gemeinsame Sicherheitsstrukturen.

Deutschland, das mit der Wiedervereinigung am meisten vom Ende des Kalten Krieges profitiert habe, stehe in der Verantwortung, seinen gewachsenen Einfluss für Frieden und Sicherheit im Sinne der Pariser Charta ausschließlich als zivile Friedensmacht auszuüben. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung deshalb dazu auffordern, sich für folgende Schritte zum Ausbau und zur Stärkung der OSZE einzusetzen: den Grundgedanken „OSZE first“ konsequent umzusetzen; Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu fördern; die Fähigkeiten der OSZE zur nichtmilitärischen Konfliktbearbeitung zu stärken; die wirtschaftliche Dimension und Umweltsicherheit (Korb 2) auszubauen; menschliche Sicherheit und den Schutz der Menschenrechte (Korb 3) zu gewährleisten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen

Den Antrag auf Drucksache 19/7121 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen

Vorsitzender

Peter Beyer
Berichtersteller

Dr. Bärbel Kofler
Berichterstellerin

Paul Viktor Podolay
Berichtersteller

Renata Alt
Berichterstellerin

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Manuel Sarrazin
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Peter Beyer, Dr. Bärbel Kofler, Paul Viktor Podolay, Renata Alt, Sevim Dağdelen und Manuel Sarrazin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/7121** in seiner 107. Sitzung am 27. Juni 2019 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion setzt sich dafür ein, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiter auszubauen und zu stärken, damit sie zur zentralen politischen Struktur für eine nachhaltige Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa weiterentwickelt werden könne.

44 Jahre nach Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki und 29 Jahre nach Verabschiedung der „Charta von Paris für ein neues Europa“ habe sich die Sicherheitslage in Europa dramatisch verschlechtert, und der Kontinent laufe Gefahr, erneut in konkurrierende Machblöcke mit hochgerüsteten Armeen zu zerfallen. Die Missachtung von elementaren Normen des internationalen Rechts wie der territorialen Integrität von Staaten und der Unantastbarkeit von international gültigen Staatsgrenzen durch zahlreiche westliche Staaten und Russland habe die Friedensordnung in Europa tief erschüttert.

Trotz derzeit fehlendem politischem Willen, vor allem der USA und der NATO-Staaten, die OSZE politisch, institutionell und materiell zu stärken, erfülle die Organisation am ehesten die Voraussetzungen, um auf ziviler Grundlage eine politische Struktur für eine eurasisch-transatlantische Friedens- und Sicherheitsordnung zu bilden. Hierzu müsse sich die Bundesregierung für folgende Grundsätze einsetzen: langfristige Abrüstung bis zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit; Stärkung der politisch-militärischen Sicherheitsdimension (Korb 1) und unter anderem die Wiederaufnahme des KSE-Prozesses zur Rüstungsbegrenzung; ABC-Waffenfreiheit in Europa, die nukleare Teilhabe Deutschlands soll beendet und die noch stationierten US-Atomwaffen sollen abgezogen werden; gewaltfreie Lösung der im OSZE-Vertragsraum bestehenden ethno-territorialen Sezessions- bzw. zwischenstaatlichen Langzeitkonflikten; gleichberechtigte Einbeziehung Russlands auf allen Ebenen und seine aktive Einbindung in gemeinsame Sicherheitsstrukturen.

Deutschland, das mit der Wiedervereinigung am meisten vom Ende des Kalten Krieges profitiert habe, stehe in der Verantwortung, seinen gewachsenen Einfluss für Frieden und Sicherheit im Sinne der Pariser Charta ausschließlich als zivile Friedensmacht auszuüben. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung deshalb dazu auffordern, sich für folgende Schritte zum Ausbau und zur Stärkung der OSZE einzusetzen: den Grundgedanken „OSZE first“ konsequent umzusetzen; Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu fördern; die Fähigkeiten der OSZE zur nichtmilitärischen Konfliktbearbeitung zu stärken; die wirtschaftliche Dimension und Umweltsicherheit (Korb 2) auszubauen; menschliche Sicherheit und den Schutz der Menschenrechte (Korb 3) zu gewährleisten.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/7121 in seiner 62. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/7121 in seiner 59. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/7121 in seiner 58. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über die Vorlage auf Drucksache 19/7121 in seiner 63. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 9. September 2020

Peter Beyer
Berichtersteller

Dr. Bärbel Kofler
Berichterstellerin

Paul Viktor Podolay
Berichtersteller

Renata Alt
Berichterstellerin

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Manuel Sarrazin
Berichtersteller

